

«Gemeinsam gegen patriarchale, geschlechterspezifische Gewalt»

Mit diesen Worten unterstreicht Livia Boscardin die Dringlichkeit eines gemeinsamen Engagements. Zu diesem wichtigen Thema haben wir mit Livia in einem Interview gesprochen. Sie teilt ihre Expertise und gibt uns wertvolle Einblicke in die erforderlichen Massnahmen sowie die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Dr. Livia Boscardin ist Wen-Do-Trainerin, Soziologin und Fachperson für geschlechtsspezifische Gewalt. Für den Verein Wen-Do Basel unterrichtet sie in der Region Basel Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Frauen, Mädchen und genderqueere Personen, unter anderem für die Opferhilfe beider Basel, an Primar-, Sekundar- wie Berufsfachschulen, für die Anlaufstelle für Sans-Papiers, sowie auch für MOVENDO und die Unia.

Wie beurteilst du den aktuellen Stand der Unterstützung für Frauen, die von Gewalt betroffen sind? Was konnte man hier politisch-gesellschaftlich verbessern.

Livia: Zunächst möchte ich die Perspektive ändern: Natürlich ist die Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen – wie auch von genderqueeren Personen! – wichtig. Doch was, oder besser gesagt, wer ist das eigentliche Problem? Die Tatpersonen. Und bei häuslicher und sexualisierter Gewalt sind dies in überwiegender Mehrheit cisgender Männer. Ich möchte diese in den Fokus rücken, und auch gleich einen Mythos zerstören. Gewalt an Frauen passiert mehrheitlich im nahen Umfeld, das heisst die Tatpersonen sind die Partner, Verwandte, Bekannte, Kollegen, Vorgesetzten der Betroffenen. Und nicht «der fremde, ausländische Mann!» (rassistischer Stereotyp!).

Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht das Problem:

- 2023 waren laut Statistik etwa 7700 Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Da nur ein Bruchteil der Fälle angezeigt wird, ist die tatsächliche Zahl auf rund 77000 Frauen zu schätzen – das entspricht der Bevölkerungszahl von Aarau. Was ist mit diesen 77000 Tätern?
- Eine Studie aus dem Jahr 2019 zeigt, dass jede fünfte Frau in der Schweiz sexualisierte Gewalt erlebt hat – hochgerechnet sind das etwa 800000 Frauen.

Wo stehen die 800000 Tatpersonen?

- Rund 12 Prozent der Frauen haben Geschlechtsverkehr gegen ihren Willen erlebt, was etwa 430000 Frauen entspricht – das Äquivalent der Einwohnerzahl der Stadt Zürich. Auch hier sind die Täter meist Personen aus dem nahen Umfeld.
- Zudem haben 59 Prozent der Frauen sexuelle Belästigung erfahren. Müssen wir davon ausgehen, dass etwa 60 % der Männer entsprechende Übergriffe begangen haben?

Auch wenn es provokant erscheinen mag – diese nüchternen Zahlen sind einen genaueren Blick wert. Genau hier müssen wir ansetzen. Es geht nicht nur darum, die Betroffenen von Gewalt zu unterstützen, sondern auch die Verantwortung dorthin zu lenken, wo sie hingehört: zu den Tatpersonen. Dies erfordert den Ausbau von Lernprogrammen sowie die Förderung progressiver Projekte im Bereich der Männerarbeit und der Auseinandersetzung mit kritischer Männlichkeit.

Präventionsarbeit spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie muss sich an alle richten, besonders jedoch an Männer und Jungen, um patriarchale Denkmuster zu hinterfragen und Täterverhalten frühzeitig zu verhindern. Prävention beginnt im Kleinen – im Kindergarten und in der Schule. Kinder, auch Jungen, sollten lernen, über Gefühle zu sprechen, sich über ihre Grenzen bewusst zu werden und Selbstbestimmung zu respektieren. Themen wie respektvolles Flirten, gesunde Beziehungen und Liebe müssen gezielt angesprochen werden.

Es ist entscheidend, Männer nicht nur zur Verantwortung zu ziehen, sondern sie als Verbündete in die Lösung miteinzubeziehen. Der Wandel hin zu einer gewaltfreien Gesellschaft für Frauen und genderqueere Personen kann nur gelingen, wenn Männer aktiv und verantwortungsbewusst Teil dieser Veränderung werden.

Frauenhäuser und Schutzunterkünfte kämpfen häufig mit finanziellen Engpässen. Was sind deiner Meinung nach die dringendsten Massnahmen, die die Politik ergreifen sollte, um den Betroffenen noch besser zu schützen?

Livia: Ich möchte hier grundsätzlich betonen: Die Finanzierung



von Frauenhäusern und Schutzunterkünften ist niemals ein rein wirtschaftliches Problem – es ist ein zutiefst politisches. Es geht um Prioritäten. Die Schweiz hat die Istanbul-Konvention ratifiziert. Doch wo bleibt deren konsequente Umsetzung?

Geschlechtsspezifische Gewalt wird de facto als gesellschaftliche Normalität toleriert, anstatt als tiefgreifende Krise anerkannt, die unverzügliches Handeln erfordert. Eine solche Veränderung braucht Ressourcen – doch stattdessen fliessen öffentliche Gelder lieber in patriarchale Strukturen wie die Armee. Der Staat vernachlässigt hier seine Verantwortung im Opferschutz und ignoriert dabei die volkswirtschaftlichen Folgen häuslicher Gewalt. Ja, meine Frustration über die Realpolitik ist gross. Doch neben diesem Grundsatz möchte ich auch einige konkrete, pragmatische Massnahmen hervorheben:

- Finanzierung sichern: Frauenhäuser und Schutzunterkünfte müssen eine verlässliche, staatliche Finanzierung erhalten. Der gegenwärtige Zustand, in dem viele Einrichtungen auf Spenden angewiesen und in ständiger Existenzangst sind, ist inakzeptabel. Es fehlen schlichtweg ausreichend Plätze – das ist eine Zumutung.
- Intersektionale Angebote schaffen: Betroffene sind oft mehrfacher Diskriminierung ausge-

setzt, sei es durch Rassismus, Ableismus oder aufgrund ihrer Geschlechtsidentität. Schutzunterkünfte müssen daher allen offenstehen. Das bedeutet mehr Angebote, besser geschultes Personal und neue, barrierefreie Strukturen.

- Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung: Um Frauenhäuser langfristig besser zu finanzieren, braucht es Aufklärung. Die realen Geschichten und Zahlen hinter geschlechtsspezifischer Gewalt müssen sichtbar werden. Es gibt bereits private Forschung zu Femiziden und entsprechende Datenbanken – diese sollten unterstützt und ausgebaut werden. Betroffene sowie Mitarbeitende in Schutz-einrichtungen müssen in politische Entscheidungsprozesse integriert werden.

Und natürlich braucht es mehr Prävention. Für Betroffene sind Empowerment-Workshops, wie Wen-Do, sinnvoll, um Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung zu stärken und über Hilfsangebote zu informieren – und ja, solche Kurse machen sogar Spass!

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist ein wichtiges Thema, das oft nicht ausreichend thematisiert wird. Ist dir bekannt, welche Massnahmen die Unternehmen ergreifen, um ein sichereres Arbeitsumfeld für Frauen zu schaffen?

Livia: Es gibt Massnahmen, aber es sind zu wenige. Sexuelle Belästigung ist an der Tagesordnung in Unternehmen, griffige Massnahmen dagegen jedoch nicht. Obschon Unternehmen nach Gleichstellungsgesetz dazu verpflichtet sind, ein diskriminierungs- und also auch belästigungsfreies Arbeitsumfeld zu garantieren. Ich möchte auch hier anregen, potenzielle Tatpersonen, das heisst hauptsächlich männliche Mitarbeitende und Vorgesetzte, in den Blick zu nehmen! Bestehende Massnahmen umfassen interne Leitfäden und Schulungen, wie etwas Wen-Do gegen sexuelle Belästigung, anonyme Beschwerdesysteme sowie die Zusammenarbeit mit externen Beratungsstellen wie «belaestigt.ch» oder der Opferhilfe.

Bei den Massnahmen gibt es jedoch riesige Unterschiede in der Umsetzung und Wirksamkeit – je nach Branche und Unternehmensgrösse. Oftmals ist es so: Je kleiner der Betrieb, je prekärer die Arbeitsverhältnisse, desto schlechter steht es um den Schutz der Angestellten.

Wie bewertest du die Rolle der Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit Gewalt gegen Frauen? Welche Veränderungen wären nötig, um Betroffene besser zu schützen und zu unterstützen?

Livia: Das Rechtssystem stellt für Betroffene oft eine Herausforderung dar, da es nicht auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist. In Verfahren, die eigentlich ihre erlittene Tat betreffen, werden sie häufig in eine passive Rolle gedrängt. Eine grundlegende Reform des Systems wäre notwendig, das historisch an die rechtliche Figur des weissen, besitzenden, heterosexuellen cisgender Mannes angelehnt ist. Gewalt ist ein strukturelles Problem, und unser Rechtssystem ist Teil davon. Dies zeigt sich auch in den Gesetzen: Vergewaltigung in der Ehe galt bis 1992 in der Schweiz juristisch nicht als Vergewaltigung, sondern als «eheliche Pflicht». Immerhin wurde das Sexualstrafrecht nach langen 30 Jahren endlich reformiert. Regula Kolar von der NGO-Koordination post Beijing Schweiz bringt es auf den Punkt: «Tatsächliche Geschlechtergleichstellung ist essenziell für den Abbau geschlechtsbasierter Gewalt.» Leider berichten Teilnehmende meiner Wen-Do-Kurse oft von negativen Erfahrungen mit Strafverfolgungsbehörden. Auch wenn es gute Beispiele gibt, besteht weiterhin eine Systematik von Ignoranz und Inkompetenz. Eine Teilneh-

merin, die während ihrer Ausbildung zur Pflegefachfrau von einem Patienten belästigt wurde, wurde bei der Anzeige von einem Polizisten gefragt, was sie während der Tat getragen habe. Solche Fälle von «Victim Blaming» sind keine Einzelfälle und entmutigen Betroffene, sich zu melden. Die Polizei, die oft erste Anlaufstelle bei häuslicher Gewalt ist, weist zu wenig Schulung und Sensibilität auf, insbesondere im Hinblick auf intersektionale Diskriminierungen. Das Polizeikorps in Basel etwa ist durch Rassismus und Sexismus bekannt. Ob spezialisierte Stellen und Weiterbildungen ausreichen, bleibt fraglich, da die sogenannte «rape culture» in vielen Behörden präsent ist.

Auch rechtliche Schutzmassnahmen wie Wegweisungen oder Kontaktverbote greifen oft zu spät oder gar nicht. Bedrohliche Verhaltensweisen wie Stalking sind in der Schweiz nicht als eigener Straftatbestand erfasst, obwohl Handlungsbedarf besteht. Es scheint manchmal, als ob erst reagiert wird, wenn es zu spät ist. Die Beweisaufnahme ist für Betroffene oft belastend und retraumatisierend. Spezialisierte Ermittler:innen könnten hier unterstützen. Betroffene sollten sich nicht von einer Anzeige abschrecken lassen und sich an Opferhilfestellen, wie die Opferhilfe beider Basel, wenden. Diese bieten vertrauliche und kostenlose Unterstützung.

Welche Rolle spielen gesellschaftliche Normen und Stereotype bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen?

Livia: Gesellschaftliche Normen und Stereotype spielen eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen. Sie beeinflussen, wie Gewalt bewertet, ignoriert, verharmlost oder sogar gerechtfertigt wird. Zwei soziale Normen, keine biologischen Fakten, sind dabei Grundpfeiler des Patriarchats: Erstens die Vorstellung, dass es nur zwei Geschlechter gibt, und zweitens die Annahme, dass ein Geschlecht, Männer, dem anderen – den Frauen – überlegen ist und somit das Sagen hat. Beide Annahmen sind falsch und gesellschaftlich konstruiert. Diese Stereotype zeigen sich in Beziehungen, in der Familie und am Arbeitsplatz und fördern Machtgefälle, Abhängigkeiten und Gewalt. Diese patriarchalen Normen sind zudem der Hauptfaktor, den Tatpersonen gemeinsam haben. Es ist weder Religion, Bildung, soziale Klasse noch Alkoholkonsum, sondern eine patriarchale Einstellung.

Vergewaltigungsmythen erschweren ebenfalls den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt, da sie die Wahrnehmung verzerren und dazu führen, dass viele Fälle nicht als solche erkannt oder verfolgt werden. Beispielsweise der Mythos, dass Vergewaltigungen nur

durch Fremde und unter Anwendung physischer Gewalt geschehen, oder dass häusliche Gewalt eine «private Angelegenheit» sei. Solche Vorstellungen verharmlosen die Gewalt, erschweren Betroffenen den Zugang zu Hilfe und hindern andere daran, einzugreifen und Zivilcourage zu zeigen.

In vielen Kantonen fehlen geeignete Anschlusslösungen für Frauen, die aus gewalttätigen Beziehungen kommen. Welche Alternativen oder Reformen würdest du vorschlagen, um Betroffenen langfristige Sicherheit und Perspektiven zu bieten?

Livia: In vielen Schweizer Kantonen gibt es weiterhin gravierende Lücken in der Versorgung von Frauen, die aus gewalttätigen Beziehungen flüchten. Der Schutz endet oft nach dem Aufenthalt im Frauenhaus, was Betroffene erneut in Gefahr bringen kann. Das ist unhaltbar! Es braucht dringend umfassende Reformen statt «Pflasterlipolitik». Notwendig sind stabile Übergangslösungen zwischen Frauenhäusern und eigenem Wohnraum sowie langfristig bezahlbare Wohnmöglichkeiten, verbesserte beruflich-ökonomische und therapeutische Unterstützung – aktuell herrscht ein Notstand mit langen Wartelisten – und bessere rechtliche Rahmenbedingungen, etwa bei Missachtung von Kontaktverboten. Besonders wichtig ist zudem Unterstützung für mehr-

fach diskriminierte Personen, wie Betroffene sexualisierter Gewalt und Transfeindlichkeit. In einigen Bereichen springen Freiwillige, wie der Verein «Ein sicheres Dach», ein. Der Staat tut hier eindeutig zu wenig.

Die Arbeit von Beratungsstellen und Opferschutzeinrichtungen ist immens wichtig, aber oft im öffentlichen Leben vergessen oder marginalisiert. Wie könnten Solidarität und Sensibilisierung in der Gesellschaft verbessert werden, um den Zugang zu diesen Angeboten sicherzustellen?

Livia: Die Arbeit von Beratungsstellen und Opferschutzeinrichtungen ist von enormer Bedeutung, doch bleibt sie oft unbekannt. Viele Betroffene scheuen sich, um Unterstützung zu bitten, oder denken, ihr Fall sei nicht schwerwiegender als andere. Auch der Begriff «Opfer» ist negativ behaftet, was das Stigma und die Scham verstärken und somit ein grosses Hindernis darstellt. Doch wie Gisèle Pelicot, eine neue Heldin der feministischen Bewegung in Frankreich, sagt: «Die Scham muss die Seite wechseln!» Ein Kulturwandel ist nötig, um den Zugang zu Hilfe zu erleichtern.

Auch die Medien spielen eine entscheidende Rolle, denn Sprache schafft Realität. Leider wird sexistische Gewalt und Femizid immer noch als «Beziehungstat» oder «er-

weiterter Suizid» heruntergespielt. Wir müssen diese Gewalttaten klar als patriarchale, frauenfeindliche oder queerfeindliche Gewalt benennen – denn Gewalt ist eine Entscheidung, kein Unfall oder Drama. Öffentliche Kampagnen wie die «16 Tage gegen Gewalt»-Kampagne oder die «Halt Gewalt»-Kampagne in Basel können zu grösserer Sensibilisierung und Solidarität führen. Auch anonyme Chat- und Online-Beratung, Sensibilisierung durch Bildung, sowie ein niederschwelliger Zugang zu Informationen in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen könnten helfen. Und natürlich muss die nachhaltige Finanzierung der Beratungsstellen sichergestellt werden. Es muss ein Umdenken in der Verantwortung stattfinden. Wir müssen nicht nur die Betroffenen unterstützen, sondern auch die Tatpersonen, besonders Männer und Jungen, einbeziehen. Sie sind nicht nur potenziell gewaltbereit, sondern auch Opfer des patriarchalen Systems. Die Abschaffung des Patriarchats ist eine kollektive Aufgabe, die wir heute beginnen müssen!

Mehr Infos:

www.wendo-basel.info
Instagram: @wendo_basel

«16 Tage gegen Gewalt an Frauen: Wir kämpfen für eine gewaltfreie Zukunft!»

Vom 25. November bis zum 10. Dezember 2024 wird weltweit die Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» durchgeführt. In diesen 16 Tagen wird ein kraftvolles Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt. Die Unia, als führende Gewerkschaft für soziale Gerechtigkeit, setzt sich hierbei nicht nur für den Schutz von Frauen und Mädchen ein, sondern fordert auch konkrete Massnahmen, um die Ursachen von Gewalt zu bekämpfen. Gewalt gegen Frauen zeigt sich in vielen Formen – von häuslicher Gewalt bis zu sexuellen Übergriffen und Femiziden. Unia fordert einen klaren Wandel, bei dem die Rechte der Frauen gestärkt und Gewalt entschlossen bekämpft wird.

«Gewalt kennt keine Grenzen – aber unsere Solidarität auch nicht!» – Unia steht an der Seite der Frauen und macht unmissverständlich klar: Gewalt gegen Frauen ist ein globales, aber auch ein lokales Problem, das uns alle betrifft. Weltweit ist jede dritte Frau von körperlicher oder sexueller Gewalt betroffen, und auch in der Schweiz gibt es zahlreiche Hürden, die Frauen



daran hindern, sich zu schützen und Unterstützung zu erhalten. Unia fordert, dass Frauenhäuser und Beratungsstellen ausreichend finanziert werden, damit Frauen, die Hilfe suchen, nicht abgewiesen werden. Die Gewerkschaft setzt sich vehement dafür ein, dass der Zugang zu sicheren Räumen verbessert und die Opfersversorgung optimiert wird. Unia organisiert auch Veranstaltungen und Aktionen, die nicht nur Bewusstsein schaffen, sondern auch dazu beitragen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ein zentrales Anliegen von Unia ist der Ausbau von Prävention und Schutzräumen für Frauen. Frauenhäuser und Schutzeinrichtungen, die oftmals mit massiven Engpässen kämpfen, brauchen dringend Unterstützung. Unia kämpft dafür, dass diese Einrichtungen besser finanziert werden, damit alle Frauen, die Schutz suchen, diesen auch finden können. Dabei liegt der Fokus auf einem umfassenden Schutzkonzept: vom Zugang zu sicheren Räumen bis hin zur besseren Schulung von Polizei und Justiz, damit Gewalt gegen Frauen

konsequenter geahndet wird. Unia fordert zudem, dass Täter konsequenter verfolgt und bestraft werden, um die Gesellschaft nachhaltig zu verändern.

Gesellschaftlicher Wandel als Schlüssel: Unia setzt auf Bildung und Aufklärung!

Die «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» verdeutlichen die tief verwurzelten gesellschaftlichen Strukturen, die Gewalt gegen Frauen begünstigen. Unia setzt sich für einen gesellschaftlichen Wandel ein, der patriarchale Strukturen und Diskriminierungen überwindet. Bildung und Aufklärung sind dabei entscheidend: Die Unia organisiert auch Aktionen und Veranstaltungen, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines respektvollen und gleichberechtigten Miteinanders mit Frauen zu stärken. Ein solcher Ansatz muss zur Norm werden, um Gewalt langfristig zu verhindern.

Unia fordert alle gesellschaftlichen Akteure auf, sich aktiv für die Bekämpfung von Gewalt an Frauen einzusetzen. Es reicht nicht, in den «16 Tagen gegen Gewalt an Frauen» nur ein Zeichen zu setzen. Wir fordern eine langfristige Veränderung in der Gesellschaft, die die Rechte von Frauen stärkt und Diskriminierung bekämpft. In der

Schweiz gibt es immer noch viel zu tun: Viele Frauenhäuser und Beratungsstellen sind mit massiven finanziellen und personellen Engpässen konfrontiert, was bedeutet, dass nicht allen betroffenen Frauen geholfen werden kann. Die Unia setzt sich dafür ein, dass der Schutz und die Unterstützung von Frauen auf allen politischen Ebenen zur Priorität werden.

«Solidarität und Engagement zeigen: Deine Stimme zählt!»

– Jeder Einzelne von uns kann etwas bewirken. Ob durch die Teilnahme an Veranstaltungen, das Unterstützen von Frauenhäusern oder die Teilnahme an Online-Aktionen – Unia lädt alle ein, sich zu engagieren. Es geht nicht nur darum, ein Zeichen zu setzen, sondern auch darum, gemeinsam Druck auf Institutionen auszuüben, damit echte Veränderungen erzielt werden. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist ein globales Anliegen, aber auch eines, das in der Schweiz noch nicht gewonnen ist. Unia ruft daher alle auf, sich aktiv an der Gestaltung einer gewaltfreien Zukunft zu beteiligen. Jede Stimme zählt! Unia steht fest an der Seite der Frauen, fordert gesetzgeberische Veränderungen und kämpft für eine Gesellschaft, in der Gewalt gegen Frauen keinen Platz hat.

Mindestlohninitiative im Kanton Basel-Landschaft:

Ein historischer Schritt für faire Löhne

Im Kanton Basel-Landschaft wird es am 9. Februar 2025 eine richtungsweisende Abstimmung zur Mindestlohninitiative geben. Nach einer Verzögerung von 18 Monaten steht nun endlich die Entscheidung bevor, die den sozialen Standard im Kanton deutlich anheben könnte. Ziel der Initiative ist es, einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde in allen Branchen des Kantons einzuführen. Dieser Lohn soll sicherstellen, dass Arbeitnehmende, insbesondere in den Niedriglohnbereichen, ein existenzi-

cherndes Einkommen erhalten. Für eine 42-Stunden-Woche bedeutet das ein jährliches Einkommen von etwa 48.000 Franken brutto.

Chancen für eine gerechtere Arbeitswelt im Kanton Basel-Landschaft

Die Mindestlohninitiative stellt eine enorme Chance für den Kanton dar, um die Einkommensungleichheit zu verringern und eine gerechtere Arbeitswelt zu schaffen. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten ist ein existenzi-

tenzsichernder Mindestlohn ein wichtiger Schritt, um die finanziellen Belastungen vieler Arbeitnehmender zu mildern und ihnen eine stabile Grundlage zu bieten. Am 9. Februar 2025 wird sich entscheiden, ob der Kanton diesen bedeutenden Schritt in Richtung gerechter Entlohnung und besserer Absicherung der Arbeitnehmenden im Niedriglohnbereich gehen wird.

2025 – SAVE THE DATE!

9. Februar:

Volksabstimmung zur Mindestlohninitiative in Basel-Landschaft

13. Februar:

Coop GAV-Event mit Vertrauensleuten, Bern

12. Mai:

Tag der Pflege

17. Mai:

Grosse Bau Demo, Bern

12. Juni:

Coop Konferenz: Petition und Forderungen

12. Juni:

Hauptkampagne LMV Bau

2025 – SAVE THE DATE!

«Mit 30 Franken lassen wir uns nicht abspeisen!» – Mehrere Hundert Bauarbeiter protestieren in Basel und Aargau für faire Löhne

Mehr als 600 Bauarbeiter beider Basel und dem Aargau haben im Kampf für gerechte Lohnerhöhungen ein starkes Zeichen gesetzt. An mehreren Baustellen verlängerten sie in den vergangenen zwei Wochen ihre Mittagspause aus Protest gegen das unzureichende Angebot des Baumeisterverbands. Anstatt den geforderten 250 Franken bietet dieser bislang nur eine lächerliche Erhöhung von 30 Franken pro Monat. Die Gewerkschaft bleibt standhaft, um den Forderungen der Bauarbeiter Nachdruck zu verleihen.

Die Bauarbeiter lassen sich nicht mit Almosen abspeisen! Bei mehreren Protestaktionen haben sich in den vergangenen zwei Wochen Hunderte von Bauarbeitern in den beiden Basel und im Aargau für gerechte Lohnerhöhungen stark gemacht. An zahlreichen Baustellen haben die Bauarbeiter verschiedene Arbeitgeber ihre Mittagspause als Zeichen des Widerstands verlängert und damit gegen die sture Haltung der Arbeitgeberseite protestiert. Diese zeigt sich bisher unnachgiebig und bietet lediglich eine beschämende Lohnerhöhung von 30 Franken – eine Summe, welche die harte und unverzichtbare Arbeit der Bauarbeiter in kei-

ner Weise widerspiegelt. Gefordert sind 250 Franken.

Die Unia AG-NWS bringt Bauarbeiter zusammen

Die Gewerkschaft hat deshalb die Mittagsaktionen organisiert, um den berechtigten Forderungen der Bauarbeiter Nachdruck zu verleihen. Neben verlängerten Pausen, die symbolisch für den Stillstand in den Verhandlungen stehen, wurde auch für die Verpflegung gesorgt. Essen und Trinken wurden als Zeichen der Solidarität bereitgestellt – denn der Kampf für faire Löhne geht weiter.

«Unsere Arbeit hat mehr verdient!» – das war das zentrale Statement der Bauarbeiter an die Arbeitgeber. Die Bauwirtschaft boomt, die Anforderungen auf den Baustellen steigen stetig, doch die Löhne bleiben auf der Strecke. Die Bauarbeiter fordern zu Recht eine spürbare und faire Lohnerhöhung, die ihre harte körperliche Arbeit und die steigenden Lebenshaltungskosten widerspiegelt.

Die Gewerkschaft wird diesen Kampf konsequent weiterführen, bis die Arbeitgeber ihrer Verantwortung nachkommen und ein faires Angebot vorlegen. Die Bauarbeiter haben klar gemacht: **Mit 30 Franken lassen wir uns nicht abspeisen!**



«Endlich ein Schritt in die richtige Richtung!» – Lohnverhandlungen im Dach- und Wandgewerbe Basel-Landschaft sorgen für Hoffnung

Am 3. November wurden die diesjährigen Lohnverhandlungen für den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) im Dach- und Wandgewerbe Basel-Landschaft abgeschlossen – und das Ergebnis lässt hoffen! Es wurde eine generelle Lohnerhöhung von 1,2 Prozent beschlossen, die nicht nur den Teuerungsausgleich abdeckt, sondern auch die regionalen Mindestlöhne auf das nationale Niveau anhebt. **Ein wichtiger Fortschritt, der zeigt, dass die Arbeit der Bauarbeiter mehr wert ist als nur der Kampf ums Überleben.**

Teuerungsausgleich und Lohnerhöhung: Die Kaufkraft bleibt erhalten

Die Verhandlungen brachten ein wichtiges Ergebnis für die Mitarbeitenden in der Region: Die 1,2-prozentige Erhöhung entspricht dem aktuellen Teuerungsausgleich. **Diese Entscheidung gibt den Arbeiter die nötige Sicherheit, dass ihre Kaufkraft angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten erhalten bleibt.** Damit wird die finanzielle Stabilität für die Beschäftigten in der Region Basel-Landschaft gesichert, was zu einer besseren Lebensqualität führt – und das inmitten schwieriger wirtschaftlicher Zeiten.

Noch wichtiger ist die Anhebung der regionalen Mindestlöhne um



200 Schweizer Franken pro «Milo-Kategorie». Dies sorgt dafür, dass die Entlohnung nicht nur der Teuerung standhält, sondern auch mit dem nationalen Standard mithalten kann. Die Anpassung an das nationale Niveau ist eine klare Botschaft: **Wir möchten eine faire und wettbewerbsfähige Bauwirtschaft.** Diese Massnahme ist ein dringender notwendiger Schritt, um den Fachkräftemangel in der Branche zu bekämpfen und die Attraktivität des Gewerbes zu steigern.

Ein Fortschritt, der den Weg weist: Blick nach vorne

Mit dieser Einigung auf Lohnerhöhung und Mindestlohnerhöhung wird nicht nur die Wertschätzung für die Arbeit der Bauarbeiter signalisiert, sondern auch eine Grundlage für die Zukunft geschaffen. Dieser Kompromiss ist ein erster Schritt, der den Weg für eine gerechtere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen ebnen könnte. Es ist ein gemeinsames Ergebnis von Gewerkschaften und Arbeitgebern, das hoffentlich als Modell für andere Branchen dienen wird. Doch der Weg ist noch nicht zu Ende: Der Druck muss weiterwachsen, um die Arbeitsbedingungen in der gesamten Bauwirtschaft nachhaltig zu verbessern.

Rückerstattung schon erhalten? – Hol dir deine Mitgliederbeiträge zurück!

Ist dein Arbeitgeber dem GAV (Gesamtarbeitsvertrag) unterstellt? Wenn ja, dann überprüfe bitte deine Lohnabrechnungen.

Sollte ein Abzug betreffend L-GAV, Vollzugskostenbeitrag, Berufsbeitrag, Weiterbildungsbeitrag, Parifonds oder ähnliches auf der Lohnabrechnung ersichtlich sein, dann hast du vermutlich Anspruch auf eine Rückerstattung von Berufsbeiträgen (3 bis 5 Jahre rückwirkend).

Weiteres erklären wir dir gerne persönlich. Es lohnt sich für dich! Wir sind unter 0848 11 33 44 oder per E-Mail ag-ews@unia.ch für dich erreichbar.

Sollte sich dieser Brief mit den von dir bereits gesendeten Belegen gekreuzt haben, dann betrachte dieses Schreiben als gegenstandslos.

Kontakte Individuelle Mitgliederbetreuung



Lulzime Ljatif-Demiri
Leiterin SL1 & KPZ BB-West
Rebgasse 1, 4005 Basel
+41 (0) 848 11 33 44
lulzime.ljatif@unia.ch



Milica Erdeg
Teamleiterin Rechtsdienst/Vollzug
Rebgasse 1, 4005 Basel
+41 (0) 848 11 33 44
milica.erdeg@unia.ch



Manuel Käppler
Leiter Rechtsdienst, Vollzug und Mitgliederbetreuung
Rebgasse 1, 4005 Basel
+41 (0) 848 11 33 44
manuel.kaeppler@unia.ch

Wir trauern

Häusler Matthias, Basel
Mutter Rolf, Basel
Ammann Walo, Aargau
Baumann Willy, Aargau

Hunziker Urs, Aargau
Räber Josef, Aargau
Kilic Yenil, Basel
Bleisch Elisabeth, Aargau

Frei Christian, Basel
Mischkulnig Freddi, Basel
Oliveira Azevedo Rui André, Basel

Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia, Postfach 272, CH-3000 Bern 15 | **In Zusammenarbeit mit** Unia Region Aargau-Nordwestschweiz, Rebgasse 1, CH-4005 Basel, ag-ews@unia.ch | **Redaktion** Kim Rotaris, Saray Keser | **Gestaltungskonzept** ivony ltd, CH-8008 Zürich
Layout Bubenberg Druck- und Verlags-AG, CH-3007 Bern
Druck Tagblatt Print, CH-9015 St. Gallen



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

ag-ews.unia.ch